

## „New Deal“ für Wirtschaft und Umwelt

Die Ökologiepolitik des 21. Jahrhunderts muss innovationsorientiert sein, denn die Märkte der Zukunft sind grün



SIGMAR GABRIEL, geb. 1959, ist Mitglied des Deutschen Bundestags und seit 2005 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

**Sigmar Gabriel | Ökologie und Ökonomie wurden lange Zeit fälschlich als Gegensatzpaar gehandelt. Eine neue Umweltpolitik richtet sich nicht gegen den Markt, sondern nutzt ihn, um umweltfreundlichen Technologien und ressourcensparenden Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür hat der Staat die Rahmenbedingungen zu setzen und die Impulse zu geben – eine Strategie, von der beide Seiten gleichzeitig profitieren.**

Vor einigen Wochen hielt die britische Außenministerin Margaret Beckett in Berlin eine bemerkenswerte Grundsatzrede zur Außenpolitik. Bemerkenswert war diese Rede deshalb, weil sie nur ein Thema hatte, das Beckett aber in allen Facetten und Schattierungen ausleuchtete: den Klimawandel. In ihrer Analyse vermaß die Außenministerin die Folgen des Klimawandels nicht nur für die einzelnen Punkte der weltpolitischen Agenda, sondern buchstabierte dieses auch für die unterschiedlichen Weltregionen aus. Die Folgen des Klimawandels betreffen uns alle, wenn auch zum Teil sehr unterschiedlich. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Hungersnöte, der Bestand an Süßwasser und die Sicherheit der Wasserversorgung, die Versorgung mit Energie, die Entwicklung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum, militärische Konflikte, Nord-Süd-Kluft und neue Formen des internationalen Terrorismus – all das waren Aspekte, die Beckett ansprach und die sie mit dem Auftauen der Dauerfrostböden, dem Abschmelzen der Gletscher und der Zunahme von Extremwetter in Verbindung brachte.<sup>1</sup>

Es war eine außenpolitische Grundsatzrede, aber eben auch ein klimapolitisches Dokument. Es wäre zu kurz gegriffen, dies so zu interpretieren, dass die „alte“ Umweltministerin sich der „neuen“ Außenministerin bemächtigt habe.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Margaret Beckett: Berliner Grundsatzrede zur Klimasicherheit, 24.10.2006, zu finden in der Dokumentation *IP*, 12/2006, S. 136 ff. und [www.internationalepolitik.de](http://www.internationalepolitik.de) sowie unter [www.britische-botschaft.de/de/news/items/061024.htm](http://www.britische-botschaft.de/de/news/items/061024.htm).

<sup>2</sup> Margaret Beckett war von Juni 2001 bis Mai 2006 britische Umweltministerin.

Vielmehr wird deutlich, wie sehr sich politische Koordinaten inzwischen miteinander verschränken. Diese Rede war ein beredtes Beispiel für die These von der Entgrenzung von Politik und für die wachsende Interdependenz der Probleme und der politischen Arenen. Kurzum: Vieles – wenn nicht alles – hängt mit vielem – wenn nicht allem – zusammen.

Ein weiteres Beispiel für die Entgrenzung der politischen Arenen betrifft das Verhältnis von Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Energie- und Rohstoffe werden knapp und – sehen wir von konjunkturellen Schwankungen ab – auch immer teurer. Das Grundproblem der Knappheit, Ursprung allen Wirtschaftens, und das ökologische Prinzip des Ressourcenschutzes verbinden sich in neuer Weise. Umweltschützer waren es in der Vergangenheit gewohnt, mit dem vermeintlichen Widerspruch von Umwelt und Wirtschaft konfrontiert zu werden. Inzwischen hören wir immer öfter von Synergien und vom Bedingungs-zusammenhang beider. In der Ressourcenfrage als zentraler Zukunftsfrage sind ökologische, ökonomische, außen- und sicherheitspolitische Aspekte auf das engste verschränkt.

Die Umweltpolitik entwickelt sich gegenwärtig vom Mahner zum Antreiber.

Mit dem Klimawandel und mit der wachsenden Nachfrage nach Energie und knappen Rohstoffen sind zwei zentrale Entwicklungen benannt, die gravierende Folgen für die Umweltpolitik haben. Denn sie verändern nicht nur deren Rolle im Reigen der Fachpolitiken. Sie erzwingen auch innerhalb der Umweltpolitik eine Neujustierung, sie erzwingen eine Orientierung auf Innovationen. Die Umweltpolitik vollzieht gegenwärtig einen Paradigmenwechsel: Sie entwickelt sich vom Mahner zum Antreiber. Aus dem Reparaturbetrieb vergangener Tage wird das Konstruktionsbüro der Zukunft. Dieser Wandel ist seit einigen Jahren im Gange. Er tangiert nicht alle Bereiche gleichermaßen; Natur- und Artenschutz etwa behalten ihren Eigen- und Stellenwert. In jüngster Zeit gewinnt der Wandel an Fahrt, denn die „neue Umweltpolitik“ gewinnt immer mehr gesellschaftliche und ökonomische Verbündete – national und international.

### Anforderungen der Umwelt sind Chancen der Wirtschaft

Der Klimawandel kommt schneller als gedacht. Inzwischen gilt als gesichert, dass wir bei ungebremstem Klimawandel bis zum Jahr 2100 mit einem durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg um bis zu 6°C rechnen müssen. Die Folgen wären katastrophal. Deutschland und die EU haben sich daher zum Ziel gesetzt, den globalen Temperaturanstieg auf 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Nicht nur ökologisch, auch ökonomisch kommt uns ein ungebremster Klimawandel teuer zu stehen. Es ist das Verdienst von Sir Nicholas Stern, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Klimawandel und Klimapolitik empirisch untersucht und ins Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit gerückt zu haben. Seine gute Nachricht lautet: Wir können noch etwas gegen den Klimawandel tun und dabei sogar wirtschaftlich wachsen. Die schlechte Nachricht aber ist: Wenn wir jetzt nichts

unternehmen, wird es sehr teuer. Unterlassener Klimaschutz würde mit 5 bis 20 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts zu Buche schlagen, das sind bis zu zehn Billionen Dollar. Klimaschutzmaßnahmen kosten zwar auch Geld, sie sind aber unter dem Strich erheblich günstiger: Ihre Kosten werden auf etwa ein Prozent des globalen Bruttosozialprodukts geschätzt.<sup>3</sup>

Klimaschutzpolitik wird so zur Volkswirtschaftsschutzpolitik. Dass das auch für den Umweltschutz gilt, wird nirgendwo anders so deutlich wie in den Schwellenländern. Die chinesische Umweltbehörde SEPA hat erst vor wenigen Monaten eine Untersuchung vorgelegt, in der sie die Kosten für die Umweltsanierung in China berechnet hat. Die Behörde schätzt die ökologischen Kosten auf zehn Prozent des Bruttosozialprodukts.<sup>4</sup> Damit liegen diese Kosten bereits in annähernd der gleichen Größenordnung wie die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate. Die sich zuspitzende klimatische und ökologische Problemlage verbindet sich mit zwei Megatrends: Der weltweiten demographischen Entwicklung und einem von den Schwellenländern getragenen Industrialisierungsschub. Beides trägt dazu bei, dass sich die Nachfrage nach Energie und Rohstoffen noch erheblich steigern wird. Für die Umweltpolitik bedeutet dies

Aus dem Kampf „Markt gegen Umwelt“ wird ein Kampf um Umweltmärkte.

zwar eine enorme Herausforderung, aber auch eine neue Chance. Denn sie gewinnt neue Stärke und starke Verbündete – vor allem in der Wirtschaft. Nicholas Stern hat die Kosten einer falschen Politik volkswirtschaftlich beziffert.

Der Emissionshandel als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument wie auch internationale Rating-Agenturen oder die Rückversicherer tragen dazu bei, dass die Kosten des Klimawandels und eine klimaschädliche Wirtschaftsweise inzwischen auch betriebswirtschaftlich immer stärker eingepreist werden. Eine wichtige Entwicklung, auch wenn Preise noch längst nicht die ganze „ökologische Wahrheit“ ausdrücken.

### Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch

Die Umwelt profitiert von dieser veränderten Konstellation allerdings nur, wenn die Umweltpolitik parallel dazu eine offensive Antwort auf die neuen Herausforderungen formuliert. Sie darf den wachsenden Bedürfnissen einer größer werdenden und sich entwickelnden Weltbevölkerung nicht mit Verzichtsappellen beikommen, sondern muss den Menschen der Entwicklungs- und Schwellenländer das gleiche Recht auf soziale Entwicklung und Wohlstand zusprechen, das wir so selbstverständlich für uns in Anspruch nehmen. Statt Bedürfnisse zu unterdrücken, muss es darum gehen, sie umweltverträglich zu befriedigen. Statt Märkte und ihr Wachstum zu behindern, müssen wir die Märkte ökologisch und nachhaltig ausgestalten. Aus dem unsinnigen Kampf „Markt gegen Umwelt“ sollte ein Kampf um „Märkte für Umwelt“ werden.

Die traditionelle Debatte über „Grenzen des Wachstums“ ist heute eine viel zu defensive Botschaft. Stattdessen muss es uns darum gehen, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Nicht Verzichtsideologien müssen

<sup>3</sup> Nicholas Stern: *Stern Review on the economics of climate change*, [www.sternreview.org.uk](http://www.sternreview.org.uk).

<sup>4</sup> Vgl. *Die Welt*, 6.6.2006, S. 34.

im Zentrum der Umweltpolitik stehen, eine moderne Umweltpolitik muss vielmehr dazu beitragen, die Idee des technischen Fortschritts zu erneuern. Die Probleme der Industriegesellschaft lassen sich nur mit den Mitteln der Industriegesellschaft lösen. Dazu brauchen wir eine regelrechte industrielle Revolution, eine Effizienzrevolution. Und die Umweltpolitik sollte dazu ein wichtiger Antreiber sein.<sup>5</sup>

Die neue Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie, bei der sich das ökonomisch Vernünftige mit dem ökologisch Gebotenen verbindet, bietet auch für die Wirtschaft selbst eine große Chance. Denn der globale Bedarf an Umwelttechnik, an Ökoinnovationen und an ressourcenschonenden Produktionsanlagen wird ebenfalls enorm wachsen. Stand am Beginn der Profilierung der Umweltpolitik als eigenständigem Politikfeld der Bericht des Club of Rome, der die „Grenzen des Wachstums“ vermaß, argumentiert selbst der amtierende Vorsitzende, Prinz Hassan von Jordanien, heute: „Die Märkte der Zukunft sind grün.“<sup>6</sup> Diese grünen Märkte verbinden ökonomische und ökologische Herausforderungen in besonderer Weise und werden das Gesicht der Globalisierung mitprägen:

- Nachhaltige Energieerzeugungs- und Kraftwerkstechnologien: Um den wachsenden Weltenergiebedarf klimaverträglich zu decken, brauchen wir weltweit einen massiven

Die Zukunft liegt noch über uns: Techniker im Turm einer Windkraftanlage

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

<sup>5</sup> Vgl. Bundesumweltministerium: *Ökologische Industriepolitik. Memorandum für einen „New Deal“ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung*, Berlin 2006.

<sup>6</sup> Prinz Hassan Bin Talal: Die Märkte der Zukunft sind „grün“, in: *Die Umweltmacher. 20 Jahre BMU – Geschichte und Zukunft der Umweltpolitik*, Hamburg 2006, S. 180–190.

Ausbau der erneuerbaren Energien und einen wahren Entwicklungssprung bei der konventionellen Kraftwerkstechnologie.

- Energieeffizienztechnologien: Der Kampf um Marktanteile wird zum internationalen Effizienzwettkampf.
- Recycling- und Abfallwirtschaftstechnologien: Schon heute ist ohne Recycling die Rohstoffsicherung kaum noch möglich.

Und auch die Mobilität unserer Gesellschaften hat nur als ein Markt für nachhaltige Mobilitätskonzepte, Antriebe und Kraftstoffe eine Zukunft.

Jene Länder und Regionen, welche die technologische Führerschaft in diesen zentralen Zukunftsbereichen erlangen, verfügen über entscheidende Vorteile im globalen Wettbewerb. Die europäische Wirtschaft insgesamt und

Die deutsche Wirtschaft könnte zu den Profiteuren der neuen Entwicklung gehören.

insbesondere die Bundesrepublik Deutschland verfügen heute über sehr gute Voraussetzungen, eine Schlüsselstellung in diesen Märkten auf- und auszubauen. Die Umwelttechnik trägt schon jetzt überproportional zu unserem Außenhandelsbilanzüberschuss bei. Die deutsche Wirtschaft

könnte so zu den Profiteuren dieser veränderten Rahmenbedingungen gehören – dann jedenfalls, wenn sie sich auf die neuen Anforderungen rechtzeitig einstellt und alte ideologische Scheuklappen ablegt.

### Neue ökologische Industriepolitik

Wir stehen also vor einer doppelten Aufgabe: Wir müssen die globalen Klima- und ressourcenpolitischen Herausforderungen in den Griff bekommen und zugleich unsere Industrie auf die neuen Knappheiten und Restriktionen einstellen. So werden wir Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und Beschäftigung sichern und ausbauen. Die zur Verfügung stehende Zeit ist knapp. Die Wissenschaft gibt uns nur noch 15 Jahre, um die Folgen des Klimawandels zu begrenzen.

Angesichts dieser Restriktion können wir nicht auf den Markt alleine setzen, um Probleme zu lösen. Wir brauchen dafür eine ökologische Industriepolitik als übergreifende und koordinierte Modernisierungsstrategie. Diese muss Technologiesprünge antreiben und ökologisch erforderliche Innovation schneller zur Anwendung bringen. Sie muss unsere Wirtschaft fit für die Leitmärkte der Zukunft machen und strategische Zukunftsindustrien stärken. Und sie muss die industrielle Struktur unserer Wirtschaft auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen.

Diese Modernisierungsstrategie muss dazu beitragen, die stoffliche Basis, auf der die Industrie fußt und auf der unser Wohlstand beruht, in wichtigen Bereichen auf nachwachsende Rohstoffe umzustellen. Dazu bedarf es eines Staates, der als Pionier Entwicklungspfade auskundschaftet, Wege weist und aktiv mithilft, den Zug auf das richtige Gleis zu setzen.

Eine innovationsorientierte Umweltpolitik trägt wesentlich zu diesem industriepolitischen Kraftakt bei, indem sie mit ihrer Forschungspolitik Zukunftstechnologien wie die erneuerbaren Energien fördert und Innovationen anstößt. Sie trägt dazu bei, indem sie durch ein Marktanreizprogramm und das Erneuerbare-Energie-Gesetz Technologien schneller auf den Markt bringt, die

Nachfrage steigert und so ermöglicht, dass Lernkurveneffekte realisiert werden können und Investitionen erfolgen.<sup>7</sup> Vor allem aber gestalten die umweltpolitische Regulierung und das Umweltrecht selbst das Innovationssystem in Deutschland mit und schaffen innovationsfördernde Rahmenbedingungen. Eine innovationsorientierte Umweltpolitik trimmt die Produkte von heute auf die Standards und Märkte von morgen. Dass deutsche Unternehmen heute führend bei der Umwelttechnik sind – von der Abfallwirtschaft über den Immissionsschutz bis hin zur Wasserwirtschaft – spiegelt umweltpolitische Regulierungserfolge vergangener Jahre.

Diesen Zusammenhang gilt es künftig systematisch zu stärken und die Politik an Leitmärkten orientiert auszurichten. Dabei wird es im Einzelfall immer auch Konflikte geben, gerade mit ökonomischen Akteuren und mit Vertretern etablierter und organisierter Interessen. Und dennoch deutet sich mit der ökologischen Industriepolitik eine Strategie an, von der Umwelt und Wirtschaft gemeinsam profitieren. Dann jedenfalls, wenn wir jetzt handeln. Technologische Fragen und Entwicklungen werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Aber klar ist auch, dass technologischer Fortschritt eingebettet sein muss in soziale und ökonomische Innovationen sowie kulturelle und gesellschaftliche Reflexion. Wer einen neuen Fortschritt will, kann das nicht technokratisch und bürokratisch, sondern nur im gesellschaftlichen Konsens organisieren. Neuer Fortschritt braucht einen „New Deal“, einen Gesellschaftsvertrag für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung. Diesen Vertrag können wir nur gemeinsam schließen. Er wird für niemanden kostenlos zu haben sein, aber er bringt uns allen Gewinn. Franklin D. Roosevelt, der ehemalige US-Präsident, wollte nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 „die Karten neu verteilen“ und er wollte eine soziale und ökonomische Antwort auf die Weltwirtschaftskrise geben. Wir sollten heute, bevor es zum weltwirtschaftlichen Klimacrash kommt, die Karten so verteilen, dass wir uns zum Positivsummenspiel zusammenfinden und nicht zum Poker mit der Zukunft.

Wer neuen Fortschritt will, kann ihn nur im gesellschaftlichen Konsens organisieren.

### Neue Impulse für die europäische und globale Umwelt- und Energiepolitik

Die deutsche Doppelpräsidentschaft in EU und G-8 bietet gegenwärtig eine besondere Möglichkeit, für diesen politischen Ansatz auch international zu werben. Die veränderte Konstellation des Ökologischen und Ökonomischen sorgt auch auf internationalem Parkett für neue Allianzen und neue Verbündete. Deutschland will mit der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 die Chance nutzen, Ökoinnovationen zu fördern und die Weichen für eine moderne und nachhaltige klimaverträgliche europäische Energieversorgung zu stellen. Wesentliche Kompetenzen in der Energiepolitik, wie z.B. die für den

<sup>7</sup> Das Bundesumweltministerium stellt 2007 z.B. im Rahmen des Marktanreizprogramms 213 Millionen Euro zur Förderung von Solarkollektoren, Biomassekesseln und Geothermie-Anlagen zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden aller Voraussicht nach Investitionen von rund zwei Milliarden Euro im privaten und gewerblichen Bereich ausgelöst werden. Auch beim aufgestockten Gebäudesanierungsprogramm wird geschätzt, dass jeder Euro bis zu fünf Euro Investitionen unmittelbar nach sich zieht.

Energiemix, müssen zwar bei den Mitgliedstaaten verbleiben, in einigen Bereichen kommt der europäischen Ebene inzwischen jedoch eine zentrale Rolle bei der Umsetzung einer Strategie zu, die auf die drastische Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz setzt, erneuerbare Energien ausbaut und dies von vornherein mit dem Klimaschutz verbindet. Wichtige Schwerpunkte unserer Präsidentschaft im Sinne einer ökologischen Industriepolitik bilden daher:<sup>8</sup>

*Die Förderung der Umwelttechnik und Ökoinnovationen als Schwerpunkt der Lissabon-Strategie.* Der Weg Europas zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt kann nur über eine gesteigerte Energie- und Ressourceneffizienz führen. Unter unserer Präsidentschaft wollen wir unser Vorhaben vorantreiben, Europa zum Leitmarkt für anspruchsvolle Umwelttechnik zu machen. Das informelle Umweltministertreffen vom 1. bis 3. Juni 2007 in Essen haben wir unter das Motto „Umwelt, Innovation, Beschäftigung“ gestellt. Die EU-Umweltminister werden dort zeigen, dass Umweltpolitik einen entscheidenden Anteil zu Innovation und nachhaltigem Wachstum beiträgt und letztlich auch Beschäftigung in zukunftsorientierten Branchen sichert.

*Der Ausbau der EU-Führungsrolle beim internationalen Klimaschutz.* Um den internationalen Klimaschutz für die Zeit nach 2012 voranzubringen und dem Klimawandel auf der Basis des vereinbarten Zwei-Grad-Zieles wirksam zu begegnen, muss die EU die entscheidenden Impulse geben. Wir arbeiten daran mit, dass sich Europa auf das ambitionierte Ziel verpflichtet, die Treibhausgase bis 2020 um 30 Prozent (bezogen auf den Stand von 1990) zu vermindern. Und wir wollen Vorschläge erarbeiten, wie weitere große Volkswirtschaften mit hohen Emissionen in ein Klimaschutzregime nach 2012 eingebunden werden können. Auch beim G-8-Gipfel in Heiligendamm werden wir dafür werben, dass deutliche Fortschritte bei Klimaverhandlungen im Jahr 2007 erreicht werden.

Klimaschutz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen verknüpft werden.

Einen effektiven Beitrag zum Klimaschutz leistet der EU-Emissionshandel. Diesen werden wir so weit wie möglich weiterentwickeln. Eine besondere Rolle spielt dabei der von der Kommission angekündigte Vorschlag zur Einbeziehung des Luftverkehrs. Ambitionierte Minderungsziele bei den Treibhausgasen nützen nicht nur dem Klima, sondern schaffen zugleich Planungssicherheit für Investitionen in erneuerbare Energien, effizientere Kraftwerkstechnologien und energiesparende Produktion. Das erzeugt zusätzliche wirtschaftliche Impulse in der EU und durch die JI/CDM-Mechanismen auch in Entwicklungsländern.

*Eine neue Energiepolitik – effizient und erneuerbar.* Notwendig ist eine integrierte energiepolitische Gesamtstrategie, die von vornherein Klimaschutz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien intelligent verknüpft. Der Europäische Rat wird im März 2007 einen Aktionsplan Energie beschließen und

<sup>8</sup> Vgl. für eine ausführliche Darstellung aller umweltpolitischen Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft: Bundesumweltministerium: *Umwelt – Innovation – Beschäftigung. Schwerpunkte der EU-Ratspräsidentschaft*, Berlin 2006.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Innovation, Solarstrom: Blick über die Photovoltaikanlage des Paul-Löbe-Hauses auf das Bundeskanzleramt

damit wesentliche Elemente einer neuen europäischen Energiepolitik festlegen. Darauf aufbauend werden wir ein Ziel für den Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung Europas im Jahr 2020 erarbeiten. Der von der Kommission vorgeschlagene Anteil von 20 Prozent am Primärenergieverbrauch erscheint mir sehr vernünftig. Im Effizienzbereich unterstützen wir den Ansatz der Kommission, Europa zur energieeffizientesten Region der Welt zu machen. Wir werden den Schwerpunkt auf Maßnahmen im Verkehrs- und Gebäudebereich und auf dynamische Mindesteffizienzstandards für Geräte legen. Innovationsimpulse, gerade im Konsumgüterbereich, könnte aber insbesondere ein europäisches Top-Runner-Programm stimulieren, das auch dazu beitragen würde, die jeweils effizienteste Technologie schneller im Markt durchzusetzen. Die Debatte über ein solches innovatives Politikinstrument wollen und werden wir fördern.

Industrie- und Schwellenländer haben gleichermaßen ein fundamentales Interesse, die Energienachfrage zu begrenzen und damit auch weniger Treibhausgase auszustoßen. Die G-8 sollte hier eine Führungsrolle übernehmen und mit konkreten Maßnahmen ein klares Signal zum intelligenteren Umgang mit Energie geben. In vielen Bereichen – seien es Kraftwerke, Gebäude, Produkte oder der Verkehr – liegen enorme kurz- und mittelfristig nutzbare Potenziale, die sich rechnen.

*Umweltverträgliche Mobilität.* Nachdem das Ziel der Selbstverpflichtung der Automobilindustrie noch nicht erreicht ist, werden wir die Debatte darüber führen, wie wir CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw und anderen Kfz verringern können. Zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen wird auch die verbindliche Festlegung von höheren Zielen für die Biokraftstoffverwendung auf EU-Ebene beitragen.



Die Bundesregierung strebt an, im Rat eine Einigung über schärfere Abgasgrenzwerte für Pkw und Lkw zu erzielen und die Verhandlungen über die nächste Grenzwertstufe Euro VI für Lkw zu beginnen. All diese Maßnahmen tragen nicht nur zu mehr Lebensqualität, insbesondere in unseren Städten, bei, sondern legen die Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie.

### Ökologisch unabhängiger zu sein bedeutet, sozialer und sicherer zu leben

Die Umweltpolitik wird die politische Agenda im 21. Jahrhundert stark prägen. Nachdem sie in den neunziger Jahren zu den weicheren Politikfeldern gezählt und gern mit postmaterialistischen Wertehaltungen verknüpft wurde, ist sie inzwischen als „hartes Thema“ auf der politischen Tagesordnung etabliert – national und international. Dazu trägt bei, dass die Schnittstellen mit anderen Politikbereichen größer geworden sind und insbesondere die klimaverträgliche

Die Gefahr eines Krieges oder Bürgerkriegs um begrenzte Rohstoffe wächst.

und ökologische Ausgestaltung von Produktion und Konsumption auch volkswirtschaftlich zwingend wird. Aber auch die sozialen, außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Aspekte werden immer ausgeprägter. So kommt unsere Abhängigkeit von fossilem Öl gerade jenen besonders

teuer zu stehen, die einen überproportional großen Anteil ihres Einkommens für die Begleichung der Heiz- und Tankrechnung aufwenden müssen. Afrika muss inzwischen immer mehr der ihm weltweit zur Verfügung gestellten Entwicklungshilfemittel für die steigenden Öl- und Gaskosten verwenden. Gleichzeitig führt der Energie- und Rohstoffhunger unserer Welt zu immer rücksichtsloseren Abbaumethoden – wiederum sind die Entwicklungsländer die Hauptleidtragenden. Die Gefahr von Konflikten bis hin zu Kriegen und Bürgerkriegen um begrenzte Rohstoffe wächst. Eine innovationsorientierte Umweltpolitik, die auf einen sparsamen und effizienten Einsatz von Rohstoffen und Energie setzt, die erneuerbare Energien auf- und ausbaut und endliche durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt, trägt bei zu mehr ökologischer Gerechtigkeit und zu mehr internationaler Fairness. Sie macht uns nicht nur weniger abhängig von den internationalen Energie- und Rohstoffmärkten, sondern auch – und das sollte statt einer teilweise bizarren Atomdebatte die eigentliche Lehre aus dem Ölstreit zwischen Moskau und Minsk sein – resistenter gegenüber einer ressourcenorientierten Macht- und Außenpolitik anderer Staaten.